

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER PARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

Jänner/Feber 1952 Nr. 67 Preis S 2.-

DIE SP, DER KOMMENDE KRIEG UND DIE VERTEIDIGUNG DER SU

Die SP hat vor einiger Zeit unter dem Titel "Kommt der dritte Weltkrieg?" eine von Karl Czernetz geschriebene Broschüre herausgebracht, die aus mehreren Gründen interessant ist. Einmal darum, weil sie, die "den grundsätzlichen Standpunkt des demokratischen Sozialismus zum Weltkonflikt unserer Zeit" aufzeigt, die vollkommene Abhängigkeit und Kapitulation der sogenannten "Dritten Kraft" vor dem amerikanischen Imperialismus beweist. Sie ist aber auch interessant ihres Verfassers wegen. Czernetz war derjenige, der nach 1945 schwankend, zögernd, vorsichtig eine Wiederbelebung des Austromarxismus versucht und sich dadurch bei den Arbeitern und besonders bei der SP-Jugend gewisse Sympathien erworben hat. Er war sozusagen der Kronprinz einer zukünftigen Linken. Nun ist er bei der Beantwortung der "Frage unserer Zeit" auf einen offenen Rechtsstandpunkt übergegangen. Es verlohnt, auf einige seiner Auffassungen näher einzugehen.

Das Weltbild der SP

Das allgemeine SP-Schema, das Czernetz vorbehaltlos übernommen hat, ist dieses: Die Welt ist in zwei feindliche Blöcke zerfallen. Auf der einen Seite steht, wenn auch mit einigen kapitalistischen Schönheitsfehlern behaftet, die Demokratie, auf der andern Seite das Lager der totalitären Diktatur, das sich fälschlich als sozialistisch ausgibt. Alle internationalen Spannungen der letzten Jahre gehen vom "totalitären Lager" aus. Die Arbeiterschaft muß sich bewußt auf die Seite der demokratischen Westmächte stellen und deren Politik der "Friedenssicherung", das heißt die "demokratische" Aufrüstung unterstützen. Die Arbeiterschaft muß deshalb das demokratische Lager bei der Abwehr der "kommunistischen Aggression" in Korea unterstützen.

Die Beweisführung, deren sich Czernetz bedient, ist einfach: "Der Westen will den Frieden - die Politik der demokratischen Staaten wird von den Völkern selbst bestimmt, die den Frieden wollen." Dieses "Argument" weicht der wirklichen Frage aus, ob es innerhalb

des "demokratischen" Lagers Faktoren gibt, die - unabhängig von der Politik des Kreml - einen Krieg auslösen können.

Der Krieg ist Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln; die Politik wurzelt in der Ökonomie, ist deren Reflex. Wir müssen die Ökonomie des amerikanischen Imperialismus, der innerhalb des "demokratischen" Lagers die Führung hat, untersuchen. Schon eine oberflächliche Betrachtung zeigt, daß dieser Ökonomie Konflikte entspringen, die notwendigerweise zum Krieg treiben müssen.

Selbst Czernetz bestreitet nicht, daß die USA kapitalistisch sind; allerdings bestreitet er deren imperialistischen Charakter und beruft sich zum Beweis dafür auf eine von einer Reihe amerikanischer Intellektueller unterzeichneten Erklärung, in der es heißt, "daß die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus nicht zum Imperialismus geführt hat...., daß der Marshall-Plan kein Projekt der Kapitalisten war" usw. Der Gebrauch dieses lächerlichen Arguments zeigt in Wirklichkeit den Unernst und die Charakterlosigkeit unseres "Austromarxisten". Czernetz findet, daß in der westlichen Welt die Imperien alten Stils im Schwinden sind und die Kolonialreiche sich in Auflösung oder Umwandlung befinden. "Der alte Imperialismus stirbt," meint er, Zwar gibt es im Westen noch Imperialismus, z.B. in Holland und Frankreich, doch das England der Arbeiterregierung hat die asiatischen Kolonialgebiete "freiwillig" geräumt und bei der führenden Macht des "demokratischen Blocks" kann von Imperialismus überhaupt keine Rede sein. So ergibt sich ein recht einfaches Weltbild der SP: auf der einen Seite die Demokratie, die zwar noch kapitalistisch, aber nicht mehr imperialistisch und deshalb "friedlich" ist, und auf der anderen Seite die Welt der "kommunistischen Aggression" einschließlich der Aufstände der Kolonialgebiete in Asien als besonderen Formen der Aggression.

Warum kann der Kapitalismus nicht "friedlich" sein?

Der Kapitalismus produziert viele Widersprüche; einer der grundlegendsten ist die Diskrepanz zwischen Produktivkraft und der Möglichkeit des profitablen Absatzes. Das Ergebnis sind zyklische Abschwüche, deren letzte große den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert und schließlich in den zweiten Weltkrieg gemündet hat. Die Bourgeoisie kennt nur zwei Wege zur Überwindung einer Wirtschaftskrise. Der erste Weg ist ein "friedlicher". Er besteht darin, daß die großen Häufische ihre schwächeren Konkurrenten auffressen. Ausgetragen wird dieser Konkurrenzkampf auf Kosten der arbeitenden Massen. Die Details des kapitalistischen Mechanismus, der zur Bildung eines Arbeitslosenheeres, zur Lohnsenkung, zum Ruin vieler kleinbürgerlicher Existenzen usw. führt, sind bekannt. Der zweite Weg ist der kriegerische. Wenn trotz des Niederkonkurrierens ihrer schwächeren Gegner der innere Markt für die Überlebenden noch nicht genügt, um ihre Schwierigkeiten zu überwinden, dann verlegen sie den Konkurrenzkampf zur Gewinnung neuer Absatz- und Anlagemärkte in die internationale Arena. Die höchste Form dieses Kampfes ist der imperialistische Krieg.

Czernetz führt uns den amerikanischen Imperialismus als einen sozusagen gezähmten, friedlichen Kapitalismus vor, in dem die Demokratie die ärgsten kapitalistischen Auswüchse bereits überwunden hat, in dem die Wirtschaft bereits unter dem Einfluß der Arbeiterschaft zu geraten beginnt, in dem es Ansätze zu einer kommenden "Wirtschaftsdemokratie" gibt. Czernetz stellt die amerikanische Wirtschaft als stark krisenfest, unerschütterlich dar und begründete dies in mehreren Diskussionen mit der "unbegrenzten Aufnahmefähigkeit" des amerikanischen Marktes. Diese Behauptung ist nichts als Zweckoptimismus, der durch die Tatsachen widerlegt wird. So hat z.B. die November-

nummer der "Zukunft" zwei ausschlußreiche Diagramme über die Entwicklung der Massenkaufkraft und über die Auffüllung der Warenmagazine gebracht. Czernetz hätte besser, die ökonomischen Nachrichten der "Zukunft", deren maßgeblicher Mitarbeiter er ist, zu studieren, statt bedenkenlos die Propagandaschlager des amerikanischen Imperialismus nachzuplappern.

Ist der amerikanische Kapitalismus krisenfest?

Trotz der Tatsache, daß die Kapazität des amerikanischen Produktionsapparates bei weitem nicht voll ausgenutzt wurde, haben sich schon 1947 in der Form eines föhlbaren Sinkens der Preise für landwirtschaftliche Produkte erste Anzeichen einer beginnenden Absatzkrise auf dem inneramerikanischen Markt bemerkbar gemacht. Die amerikanische Regierung hat diese Entwicklung durch eine staatliche Preisstützungsaktion aufzuhalten versucht; der zur selben Zeit anlaufende Marshall-Plan hielt ebenfalls vorübergehend den Prozeß der Abbröckelung der Preise auf. Erst die mit dem Koreakrieg einsetzende neue Aufrüstung brachte die Krisenseichen zum Verschwinden. Allein der Schein täuscht. Die aus Steuern finanzierte Aufrüstung drückt auf die Lebenshaltung breiter Massen und reproduziert so für absehbare Zeit eine neuerliche Schere zwischen Massenkaufkraft und profitabler Absatzmöglichkeit. Die dem Kapitalismus eigentümlichen Bewegungsgesetze werden auch durch die frommen Wünsche eines SP-Theoretikers nicht aufgehoben: er gebiert nach wie vor Krisen. Übrigens ist nichts lächerlicher als die Behauptung von der angeblichen Krisenfestigkeit. Die gesamte ökonomische und politische Situation der USA wird in den letzten 15 Jahren von der Angst vor einer neuen Krise beherrscht, die in Wirklichkeit unvermeidlich ist. Die Fragestellung besteht nicht darin, ob, sondern wann die Krise kommt. Die gesamte Politik der amerikanischen Bourgeoisie ist darauf ausgerichtet, die Krise durch ein gigantisches Aufrüstungsprogramm hinauszuschieben und, wenn das nicht mehr geht, ihr durch den Krieg auszuweichen.

Worum geht es dem amerikanischen Imperialismus?

Der amerikanische Imperialismus ist nicht so krisenfest, wie ihn Czernetz gerne sehen möchte. Die Aufrüstung muß von den arbeitenden Massen bezahlt werden, geht auf Kosten von deren Lebenshaltung. Die Aufrüstung, an der die Rüstungskonzerne schwer verdienen, verschärft die Klassengegensätze. Aber auch die Gegensätze innerhalb des imperialistischen Lagers vorstärken sich, denn die amerikanischen Kapitalisten überwälzen die Rüstungskosten nicht nur auf die eigenen Massen, sondern auch auf ihre schwächeren europäischen Verbündeten. Die koloniale Revolution, die nun auch auf Afrika übergreift, bedroht auch den amerikanischen Imperialismus immer mehr. Natürlich ist dieser keine Kolonialmacht alten Stils und gerade daraus leitet Czernetz den nichtimperialistischen Charakter der amerikanischen Politik ab. Aber faktisch sind die USA der Erbe aller alten Kolonialmächte. Noch stehen in Indien, in Indochina, in Persien, im Nahen Osten, in Ägypten keine amerikanischen Truppen. Aber sie stehen in England, in Frankreich, in Italien und Deutschland selbst; der Bestand der Armeen dieser Länder wird durch amerikanische Dollars gesichert, die Armeen mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, letzten Endes von amerikanischen Generalen kommandiert. Diese Mutterländer, die Imperialisten alten Stils haben sich selbst bis zu einem gewissen Teil bereits in amerikanische Kolonien verwandelt. Der amerikanische Mamutkapitalismus, der in seinem eigenen Fett zu ersticken droht, ist dabei, sich mit Hilfe neuartiger Methoden - Marshall-

Plan, Anleihegewährung, militärische "Hilfe" - ein Kolonialreich aufzubauen, das faktisch die ganze Welt umfaßt.

Um welche konkreten Ziele geht es also dem amerikanischen Imperialismus in einem kommenden Krieg? In erster Linie um die Eroberung und Ausnützung des ungeheuren asiatischen und osteuropäischen Marktes. In Asien stößt er dabei auf die sich entfaltende koloniale Revolution, die deshalb eine der stärksten Stützen der sowjetischen Außenpolitik ist. In Europa geht es unmittelbar um das Glacis der SU. Die wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung der Weltherrschaftspläne der USA sind darum - soweit es sich um Staaten handelt - die SU und China. China ist heute der wichtigste Stützpunkt der sich entfaltenden asiatischen Revolution; die SU ist immer noch das wichtigste Zentrum einer dem Einfluß des Imperialismus entzogenen Wirtschaft. Das sind die realen politischen und wirtschaftlichen Ziele des amerikanischen Imperialismus, um derenwillen er einen dritten Weltkrieg zu entfesseln droht.

Die soziale Verteidigung der Demokratie

In ihrem Bestreben, sich durch ein "sozialistisches" Merkmal doch von der offiziellen kapitalistischen Phraseologie zu unterscheiden, ist die SP darauf verfallen, von der "sozialen Verteidigung" zu sprechen. Sie versteht darunter den "Kampf mit der Waffe des höheren Lebensstandards". Diesen Gedanken hat besonders Czernetz in einem Artikel, den er seiner Broschüre nachfolgen ließ und in der Augustnummer der "Zukunft" unter dem Titel "Die geteilte Welt und der Sozialismus" veröffentlicht hat, näher ausgeführt: "Wir österreichischen Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß die soziale Verteidigung der Demokratie, die Führung des Freiheitskampfes mit der Waffe des höheren Lebensstandards von allergrößter Bedeutung ist.... Unsere Menschen in den hart bedrängten Gebieten im Schatten des Kolosses brauchen zur Erhaltung ihrer Kampffähigkeit die wirtschaftliche Hilfe des Westens. Zur Erhaltung ihres Kampfeistes brauchen sie auch das Vorbild der Freiheit und des hohen Lebensstandards in der westlichen Welt."

Das ganze Gerede von Czernetz ist Schwindel, an den er selbst nicht glaubt. Man braucht bloß den Lebensstandard der Massen in Österreich und Deutschland - Länder, um deren Einbau in die militärische "Abwehrfront der Demokratie" der USA-Imperialismus eifrig bemüht ist - mit dem Lebensstandard derselben Massen etwa um das Jahr 1937 zu vergleichen. Auch das Jahr 1937 war bereits gekennzeichnet durch Aufrüstung auf der Basis eines durch die vorhergehende große Wirtschaftskrise gesenkten Lebensstandards; trotzdem die allgemeinen Produktionszahlen die des Jahres 1937 bereits weit übertroffen haben, liegt der Lebensstandard der Massen noch weit unter dem von 1937. Aber bei Österreich und Deutschland kann man einwenden, daß es sich schließlich um besiegte und besetzte Länder handelt. Doch wie steht es mit dem höheren Lebensstandard, der eine zusätzliche Waffe zur Verteidigung der Demokratie sein soll, in den Siegerländern des Westens? Hierüber liegt ein Zeugnis vor, dessen Seriosität auch Czernetz nicht abstreiten kann. Das des ehemaligen Ministers der Labourregierung Bevan.

Die Opposition Bevans

Bevan war aus der damals noch amtierenden Labourregierung mit der Begründung ausgetreten, daß die ungeheuren Kosten der Aufrüstung vor allem von den arbeitenden Massen bezahlt werden müßten und mit einer unvermeidlichen Senkung des Lebensstandards verbunden

sei. Eine solche Politik dürfe ein Sozialist nicht mitmachen. Er schlug deshalb vor, die Rüstungsausgaben einzuschränken und die ersparten Gelder zugunsten einer großzügigen sozialistischen Politik zu verwenden. Daß Bevan und seine Gruppe mit seinen Ansichten nicht allein dasteht ist dadurch bewiesen, daß er auf dem Labour-Parteitag eine ansehnliche Stimmenanzahl auf sich vereinigte. Bevan repräsentiert jenen weiterschauenden Typ der Arbeiterbürokratie, der befürchtet, daß bei einer vollkommenen Unterordnung der SP-Politik unter das kapitalistische Kommando die SP ihren Arbeiteranhang und damit die Basis für ein gewisses selbständiges Handeln gegenüber der Bourgeoisie verlieren könnte.

Mit der Waffe des höheren Lebensstandards ist es also Essig. Es kann auch nicht anders sein. Die Aufrüstung wird auch in den demokratischen Ländern letzten Endes von den Arbeitern bezahlt. Hier zeigt sich ganz klar der Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Kriegspolitik und der SP-Politik der Preisgabe der Arbeiterinteressen.

Die amerikanische Demokratie und der Klassenkampf

Die beiden wesentlichen Produkte der amerikanischen Geschichte sind Demokratie und Kapitalismus. Beide haben sich infolge der Traditionslosigkeit des Landes, durch keinerlei Überbleibsel aus dem Mittelalter behindert, reiner als anderswo entwickelt. Die Frage, die sich jetzt - an einem welthistorischen Wendepunkt - stellt, ist, ob diese beiden Grundpfeiler des amerikanischen Lebens in Zukunft noch neben- und miteinander bestehen können.

Die USA waren vor wenigen Jahrzehnten noch ohne nennenswerte staatliche Bürokratie. Der amerikanische Supermilitarismus ist noch jüngeren Datums. Die USA zeigen, daß sie auch auf politischem Gebiet alle anderen imperialistischen Staaten überholen. Schon heute zeigen sich ernste Ansätze einer totalitären Politik. Die amerikanische Demokratie wird die kommenden Stürme nur überstehen, wenn sie ihren sozialen Inhalt wandelt; als bürgerliche Demokratie ist sie zu rascherem Untergang verurteilt, als es sich Czernetz träumen läßt. Neben internationalen Faktoren hängt das vor allem von der amerikanischen Arbeiterklasse ab. Wenn das amerikanische Proletariat die Ratschläge seiner gegenwärtigen Arbeiterführer und ihrer europäischen Nachbeter à la Czernetz befolgt, wenn es sich außerstande erweist, in der unvermeidlich kommenden Periode einer stürmischen innen- und außenpolitischen Entwicklung zu einer konsequenten revolutionären Klassenpolitik überzugehen, wenn es den Imperialisten gelingt, das amerikanische Proletariat zu ihrer Hilfstruppe zu degradieren, dann wird nicht nur jede Spur von Demokratie in den USA selbst zum Verschwinden gebracht worden, sondern die Welt eine Katastrophe erleben, die die bisherigen zwei Weltkriege weit übertreffen wird. Glücklicherweise besteht kein Anlaß, eine solche pessimistische Alternative für die wahrscheinlichste zu halten - selbst dann nicht, wenn der Krieg ausbricht.

Die größte Kriegsgefahr geht vom Imperialismus aus. Aber der Imperialismus bedroht nicht nur den Frieden, sondern ist überhaupt das größte Hindernis jedes weiteren menschlichen Aufstieges. Der kapitalistische Imperialismus ist das größte Hindernis, das die Arbeiterklasse auf dem Weg zum Sozialismus zu überwinden hat. Czernetz will uns weiß machen, daß dieser Imperialismus bereits im Absterben ist, daß er sich zwar noch in der Politik Frankreichs, Hollands und einiger anderer drittrangiger Länder zeigt, daß er aber im England der Labourregierung überwunden und daß bei der von den USA betriebenen "Politik der Friedenssicherung" vom Imperialismus keine Rede mehr ist. Er zieht daraus den Schluß, daß der Kampf der westlichen Demokratie ein "Kampf um Recht, um Freiheit, um Selbständigkeit" ist

und ruft die Arbeiter auf, diesen Kampf zu unterstützen. Die Arbeiter dürfen solchen Verrätern à la Czernetz nicht folgen. In der grossen Auseinandersetzung, die der Imperialismus neu vorbereitet, ist die Demokratie nur die Maske, hinter der sich der niedergehende Kapitalismus verbirgt.

Der Stellungswechsel der SP

Als 1939 Sowjettruppen in Polen einmarchierten und einen Teil dieses Staates annektierten, als wenige Monate später die Annexion eines Teiles des besiegten Finnlands folgte, wurden in der IV. Internationale Stimmen kleinbürgerlicher Intellektueller laut, die dazu aufriefen, sich in diesen Konflikten auf Seite der Gegner der SU zu stellen, weil die SU durch ihre Handlungen wichtige demokratische Postulate verletzt und dadurch gezeigt habe, daß sie schon längst kein proletarischer Staat mehr sei. Trotzki und die Mehrheit der Internationale haben damals diesen Stimmungen gegenüber fest an der Losung der bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion gegenüber dem Imperialismus festgehalten. Auch heute, am Vorabend des dritten Weltkrieges, sind wieder solche Stimmen laut geworden - nicht nur in der IV. Internationale selbst, wie der bekannte Brief Natalie Trotzki's zeigt.

Während des zweiten Weltkrieges hat sich die gesamte SP (mit Ausnahme der finnischen) auf Seite des Kreml gestellt und den Krieg der SU gegen Hitlerdeutschland unterstützt. Heute ist es anders; die SP stellt sich vorbehaltlos hinter den Imperialismus und begleitet diesen Stellungswechsel mit einer vollständigen Umstülpung aller ihrer Theorien in bezug auf den Charakter der SU. Während die SP - und vor allem der Austromarxismus - vor 1945 sich nicht genug darin tun konnten, den stalinschen Aufbau als Sozialismus zu bezeichnen, während sie immer wieder davon sprach, von welcher Tragweite für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt das Gelingen oder Mißlingen des "sozialistischen Experiments" in Rußland sei, läßt heute die SP ganz andere Töne hören. Bezeichnend sind wiederum die Ausführungen des "linken" Theoretikers, des "Austromarxisten" Czernetz.

Wir skizzieren dessen Ansichten und bemerken vorweg, daß Czernetz und die ganze SP sich in wesentlichen Punkten auf der gleichen theoretischen Ebene wie die Tito-Djilas-Clique befinden - was für beide bezeichnend ist.

"Die SU ist staatskapitalistisch"

Die Ökonomie der SU habe nichts mit Sozialismus zu tun, sondern ist Staatskapitalismus. Verstaatlichung der Produktionsmittel und eine vom Staate geleitete Planwirtschaft sei an sich noch nicht Sozialismus. Von Sozialismus könne nur dann gesprochen werden, wenn die Ökonomie auf die Bedürfnisse der Massen ausgerichtet sei; das bedinge das Vorhandensein von politischer Demokratie. Nur Verstaatlichung und Demokratie, nur Planwirtschaft und Freiheit sei Sozialismus. Das politische Regime der SU ist aber ein diktatorisches. Aus der "Diktatur des Proletariats" sei die Diktatur des kleinen Politbüros geworden, das durch Polizeiherrschaft, schrankenlosen Terror usw. seine Herrschaft aufrecht erhalte. Das finde seinen Ausdruck auch in der offiziellen Politik der SU. Hinter dem "Sowjetkommunismus" verberge sich ein neuer Imperialismus, der aggressiv und expansiv sei und den Frieden der ganzen Welt bedrohe. Die Aufgabe der Völker der freien Welt sei, sich den Drohungen des Sowjetimperialismus zu widersetzen und gegenüber dessen totalitärer Diktatur die Demokratie zu verteidigen.

Czernetz beantwortet also die Frage nach dem sozialen Charakter der SU eindeutig; nach ihm ist die SU staatskapitalistisch und ihre Politik imperialistisch. Wie kommt Czernetz zu diesem Ergebnis?

Ein "Marxist" an der Arbeit

Wir wollen die Methode des "Marxisten" Czernetz ein wenig unter die Lupe nehmen. Der Marxismus geht bei der Erklärung sozialer Phänomene von der Ökonomie aus. Das weiß auch Czernetz. Um seiner Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden weltpolitischen Blöcken einen seriösen, "wissenschaftlichen" Anstrich zu geben, untersucht er das Produktionspotential der beiden Blöcke und muß selbstverständlich zu dem Resultat gelangen, daß der West- dem Ostblock auf diesem Gebiet durchaus überlegen ist, daß dies auch der Kreml wisse und es sich deshalb gründlich überlegen werde, einen wirklich entscheidenden Krieg zu provozieren. Und mit der bloßen Gegenüberstellung der einzelnen Ziffern der Produktion der wichtigsten strategischen Rohstoffe hat der "Marxismus" von Czernetz auch schon sein Beenden. Es handelt sich, wie wir sehen, um eine Art von kastriertem Marxismus, denn dessen Methode besteht in etwas ganz anderem. Die Aufgabe ist ja nicht die, einen Index der Rüstungsproduktion zu geben, (das bringt jedes Statistische Amt fertig), sondern die innere Mechanik bestimmter Ökonomien und ihrer politischen Reflexe - in unserem Fall die Ökonomien der USA und die der SU - in ihrer Widersprüchlichkeit bloßzulegen und zu untersuchen, ob es nicht innerhalb dieser Ökonomien Elemente gibt, die zwangsläufig zum Krieg treiben. Eine solche Analyse hätte ergeben, daß die amerikanische Demokratie kein Wesen ist, das losgelöst von allen sozialen Beziehungen in den Wolken schwebt, sondern daß diese Demokratie in einer Klassengesellschaft wurzelt, deren Basis der höchstentwickelte Kapitalismus ist, den die Geschichte hervorgebracht hat. Eine solche Analyse hätte zu dem für Marxisten selbstverständlichen Schluß geführt, daß nicht die Demokratie dem Kapitalismus, sondern der Kapitalismus der Demokratie das Gesetz des Handelns vorschreibt.

Steht es also um den "Marxismus" von Czernetz schon in dieser Frage schlimm, so verzichtet er auf die spärlichen marxistischen Rudimente vollends dort, wo er den sozialen Charakter des heutigen Sowjetstaates sich zu untersuchen anschickt. Hier stellt er die Dinge überhaupt auf den Kopf und schließt aus bestimmten Erscheinungen des gesellschaftlichen Überbaues, nämlich der politischen Methoden der Bürokratie, dem Nichtvorhandensein von Demokratie, dem Terrorismus, den Schauprozessen, Massenhinrichtungen, Zwangsarbeitslagern auf den kapitalistisch-imperialistischen Charakter der SU. Wir bestreiten die meisten der von Czernetz angeführten Tatsachen keineswegs. Die Trotzlisten waren die Opfer des bürokratischen Terrorismus bereits zu einer Zeit, als der gesamte Austromarxismus einschließlich Czernetz sich vor Begeisterung über den "sozialistischen Aufbau in der SU" "berkugelt" hat. Die Trotzlisten haben die proletarische Demokratie gegenüber der terroristischen Bürokratie zu einer Zeit verteidigt, als der gesamte Austromarxismus den stalinschen Terrorismus "als tragische Notwendigkeit in Interesse des sozialistischen Aufbaus" bezeichnet hat. Dennoch ist der Trotzismus zu anderen Schlußfolgerungen sowohl bezüglich des sozialen Charakters der SU als auch hinsichtlich der praktischen Politik ihr gegenüber gekommen.

Wodurch wird der Klassencharakter eines Staates bestimmt?

Worin besteht die marxistische Methode und zu welchem Ergebnis führt ihre Anwendung im Bezug auf die SU? Der Klassencharakter eines Staates ergibt sich für den Marxismus aus der Ökonomie des betreffen-

den Landes. Die Gesamtheit gegebener Produktionsverhältnisse bedingt bestimmte Beziehungen der Menschen zueinander, bedingt (mit Ausnahme des Kommunismus) die Aufspaltung der Gesellschaft in soziale Gruppen mit bestimmten Anteilen am sozialen Produkt, bedingt ein Ausbeutungs-, Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnis und dementsprechend auch den Klassencharakter des jeweiligen Staates. Jedes der jeweiligen Produktionsverhältnisse findet seinen Ausdruck in bestimmten Rechtsbeziehungen. Der wichtigste Ausdruck solcher Beziehungen hinsichtlich der Grundfragen des gesellschaftlichen Seins ist die Entwicklung bestimmter, den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Eigentumsformen. Bisher hat jede herrschende Klasse Eigentumsformen entwickelt, durch die sie sich scharf von anderen Klassen unterschieden hat. Diese Unterscheidung kann bei jeder der verschiedenen historischen Formationen der Klassengesellschaft festgestellt werden. Die Eigentumsverhältnisse der Antike unterscheiden sich von denen des Feudalismus ebensowohl, wie diese zusammen vom Kapitalismus. Das Proletariat, zur Macht gekommen und vor die historische Aufgabe gestellt, den Sozialismus zu errichten, kann nicht umhin, Eigentumsformen zu entwickeln, die sich zumindest ebenso scharf vom Privateigentum unterscheiden wie die verschiedenen Differenzierungen innerhalb des Privateigentums selbst - die dem Proletariat adäquate Eigentumsform, gültig für die ganze Periode des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, ist das Staatseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln.

Das eine Kriterium bei der Beurteilung des Klassencharakters eines Staates ist ein ökonomisches, nämlich die in einem Staat vorherrschende, einer bestimmten Gesellschaftsklasse entsprechende Eigentumsform. Allein wir betrachten die Eigentumsformen nicht als starre Kategorien, sondern als den Ausdruck einer bestimmten, unausgesetzt vor sich gehenden gesellschaftlichen Entwicklung. Zur Frage, welche Eigentumsform in einem Staate die vorherrschende ist, muß deshalb die Frage nach ihrem historischen Ursprung treten. Erst die Beantwortung beider Fragen zusammen gestattet, den Klassencharakter eines Staates zu definieren. Wenden wir nun diese Methode auf den Sowjetstaat an.

Staatskapitalismus?

Czernetz (und Djilas) behaupten, daß das Staatseigentum an sich nicht identisch mit den dem Proletariat adäquaten Eigentumsformen zu sein braucht und leiten gerade daraus ihre Theorie des "russischen Staatskapitalismus" ab. Nun ist es nichts Neues, daß es Staatseigentum an Produktions- und Verkehrsmitteln in vielen Ländern schon lange vor der Geburt der Sowjetmacht gegeben hat und daß man bei genügendem Anwachsen des Sektors der verstaatlichten Wirtschaft in einem solchen Falle ohne weiteres von Staatskapitalismus reden kann. Allein sogar in jenen Ländern (mit Ausnahme der SU und ihrer Satelliten), wo der Prozeß der Verstaatlichung am meisten vorgeschritten ist - denken wir an die Verstaatlichungen unter der Labourregierung - besteht die Ökonomie in einer eigenartigen Verflechtung von Staats- und Privatwirtschaft, wobei die grundlegende Eigentumsform die des kapitalistischen Privateigentums ist. Bedeutet das für solche Staaten nun ein Nebeneinander von kapitalistischen und sozialistischen Elementen innerhalb einer gemeinsamen Wirtschaft, wie die SP immer wieder behauptet? Keineswegs. Die Verstaatlichungen gehen vor sich innerhalb einer Gesellschaft, in der es ein ausgebeutetes Proletariat und eine ausbeutende Bourgeoisie gibt, und in der ein Kleinbürgertum und eine Bauernschaft immer wieder Kapitalismus neu gebiert. Der Staatsepparat entspricht trotz seiner auswechselbaren Spitze und trotz der Inbesitznahme verschiedener Ministerien und anderen staatlicher

Funktionen durch Vertreter der Arbeiterbürokratie dieser gesellschaftlichen Gliederung. Er sichert durch seinen klassenmäßigen Aufbau die Herrschaft und die Profitinteressen der Bourgeoisie. In allen kapitalistischen Staaten ist die Verflechtung des Staates mit dem Finanzkapital, dieser konzentriertesten und modernsten Form des kapitalistischen Privateigentums, soweit fortgeschritten, daß dieses den Staat in allen entscheidenden Interessen berührenden Fragen ohne weiters zu lenken vermag - aller formellen Demokratie zu trotz. Ein beträchtlicher Teil des Produktionsapparates mag also dem Staat gehören, aber wem gehört der Staat?

Klassencharakter der SU und Sowjetbürokratie

Wie ist das nun in der SU? Der Fehler der "Theoretiker", die Staatseigentum mit Staatskapitalismus gleichsetzen, besteht darin, daß sie vollkommen vom historischen Ursprung der betreffenden Eigentumsformen abstrahieren. Formell betrachtet mag Staatswirtschaft gleich Staatswirtschaft sein. Wir gehen an diese Fragen nicht formell heran, wir betrachten die in einem Lande vorherrschenden Eigentumsverhältnisse nicht fixiert zu einem bestimmten Zeitpunkt, losgelöst von aller vorherigen Entwicklung, wir betrachten sie im Prozeß ihres Werdens und als Ergebnis dieses historischen Prozesses. Die Staatswirtschaft der heutigen SU hat ihren Ursprung in der proletarischen Revolution des Jahres 1917. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln hat von diesem Zeitpunkt an aufgehört, die vorherrschende Eigentumsform zu sein, die Bourgeoisie wurde politisch und ökonomisch entmachtet, ihr Staatsapparat zerstört und durch einen aus einer proletarischen Revolution hervorgegangenen Apparat ersetzt.

Ein weiteres Kriterium für eine Ökonomie des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die Planwirtschaft auf der Basis des nationalisierten Eigentums. In der SU ist die Planwirtschaft an Stelle der kapitalistischen Anarchie getreten. Damit wurden zwei der wichtigsten ökonomischen Vorbedingungen für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geschaffen. Durch sie unterscheidet sich die SU von jedem anderen Staat; ihre Ökonomie zeigt die grundlegenden Züge, die jeder Arbeiterstaat - so verschieden sie auch im einzelnen sein mögen - aufweisen muß.

In der SU sind die Eigentumsformen dem Proletariat adäquat. Diese Tatsache ist das entscheidende Kriterium für die Beurteilung des sozialen Charakters der SU - sie ist immer noch ein Arbeiterstaat. Doch in diesem Staat herrscht nicht mehr das Proletariat, sondern eine privilegierte Schicht von historisch gänzlich neuartigem Charakter, eine Schicht, die aus der Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat mit den technischen und kommerziellen Leitern der Wirtschaft entstanden ist. Diese Schicht ist keine Klasse im historischen Sinn, denn sie hat keine nur ihr entsprechenden Eigentumsformen entwickelt; die Basis aus der sie emporgewachsen und mit der ihre Existenz untrennbar verbunden ist, ist vielmehr das aus einer proletarischen Revolution hervorgegangene Staatseigentum an den Produktionsmitteln. Die neue privilegierte Schicht, die Sowjetbürokratie, hat mit dem Proletariat in dieser Frage, die den wichtigsten Gegensatz zwischen der SU und der gesamten kapitalistischen Welt bedeutet, dieselben gemeinsamen Interessen!

Der Staat - ein gesellschaftlicher Schiedsrichter

Warum ist es zum Sieg der Bürokratie gekommen? Warum konnte die Sowjetdemokratie durch ein Regime des terroristischen Totalitarismus verdrängt werden? Das hängt damit zusammen, daß der Sowjetbürokratie - ursprünglich ein untergeordnetes Organ der neuen, aus

einer proletarischen Revolution hervorgegangenen Gesellschaft - als Folge einer welthistorischen Niederlage des Proletariats plötzlich eine Funktion zufiel, die den Diener im Verlauf weniger Jahre in den Herrn verwandelte.

Die Wirtschaft der SU ist eine solche des Überganges; vom niedrigen Niveau eines zurückgebliebenen Landes ausgehend, ist sie immer noch dem Kapitalismus unendlich näher als dem Sozialismus und hat in bezug auf die Ergiebigkeit der Arbeit und die Technologie des Arbeitsprozesses noch nicht einmal das Niveau fortgeschrittenerer kapitalistischer Länder erreicht. Das ist der Grund dafür, daß in bezug auf die Verteilung noch immer die "bürgerlichen" Verteilungsnormen gelten, allen formellen Gesetzen über die Gleichheit aller Sowjetbürger zum Trotz. Der der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Kampf um den größtmöglichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt hat sich auf der Basis der neuen, dem Proletariat adäquaten Eigentumsformen reproduziert. Jede Gesellschaft, die von einem solchen Kampf zerrissen wird, bedarf eines Schiedsrichters zwischen den kämpfenden sozialen Gruppen, der deren offenen Zusammenprall dämpft und die Rolle des "gerechten Verteilers" übernimmt. Dieser Schiedsrichter ist in jeder Gesellschaft der Staat. Im Falle der SU fiel der Bürokratie die Rolle des "gerechten Verteilers" und Schiedsrichters zu.

Bürgerlicher Staat - Arbeiterstaat

Wieso kann der bürgerliche Staat die Rolle eines über dem Klassenkampf stehenden Schiedsrichters spielen, der am Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat scheinbar nur soweit interessiert ist, daß dieser nicht in den Bürgerkrieg ausartet? Die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion sichern den Kapitalisten von vorneherein den Löwenanteil am gesellschaftlichen Produkt; der Profit entspringt bereits der Sphäre der Produktion und braucht im Verteilungsprozeß nur realisiert zu werden. Die bürgerlichen Verteilungsnormen, jeder warenproduzierenden Gesellschaft gemeinsam, haben die Kraft eines Volksvorurteils und der Staat braucht nur dafür zu sorgen, daß diese Normen auch "gerecht" eingehalten werden.

Kein Zweifel darüber, daß sich die Lebenshaltung der Sowjetbürokratie weitgehend jener der Bourgeoisie angenähert hat. Daraus haben manche den Schluß abgeleitet, daß die Sowjetbürokratie doch eine neue herrschende Klasse von "Staatskapitalisten" sei. Wer so argumentiert, sieht nur die gesellschaftliche Oberfläche, nicht aber, was unter dieser vorgeht. Der kapitalistische Profit, der der Bourgeoisie ein privilegiertes Dasein sichert und sie in ihrer Lebenshaltung über die der großen Massen hebt, hat, wie gesagt, seine Wurzeln in der Sphäre der Produktion. Die kapitalistische Verteilung, die der Realisierung des Profits dient, steht nicht im Gegensatz zur Produktionsweise; das Streben nach Profit erweist sich als der eigentliche Motor der kapitalistischen Wirtschaft. Entspringt die bürokratische Pfründe irgendwelchen besonderen, der sowjetischen Wirtschaftsform eingeborenen Gesetzen, entsteht die ungleiche Verteilung des Sozialproduktes ebenfalls schon in der Sphäre der Produktion? Keineswegs! Die bürokratische Pfründe entsteht erst in der Sphäre der Verteilung und die Sowjetwirtschaft könnte sehr gut ohne sie auskommen. Die Entfaltung aller der sowjetischen Wirtschaftsform innewohnenden Möglichkeiten verlangt die Beseitigung der bürokratischen Pfründe.

Die Aussonderung einer privilegierten Schicht entspringt also nicht irgendwelchen der sowjetischen Wirtschaftsform eigentümlichen Gesetzen, sondern der Tatsache, daß diese Wirtschaftsform noch keinen ihr entsprechenden Inhalt hat. Lenin und Trotzki haben nach der Machtergreifung durch das Proletariat immer wieder betont, daß die zurückgebliebene Wirtschaft Rußlands den Übergang zum Sozialismus nur

dann finden wird, wenn es der Revolution gelingt, ihre Isolierung innerhalb der Grenzen eines zurückgebliebenen Landes zu durchbrechen und die Sowjetwirtschaft mit der Wirtschaft fortgeschrittenerer Länder zu vereinigen. Internationale Niederlagen der Arbeiterklasse von historischer Bedeutung haben das verhindert. Die durch die Oktoberrevolution bewirkten gesellschaftlichen Umwälzungen sind groß genug, um den aus ihnen hervorgegangenen Staat den Charakter eines Arbeiterstaates zu geben. Doch dieselben Umwälzungen waren nicht weitreichend genug, um seine Wirtschaft in eine sozialistische verwandeln zu können. Der Widerspruch der neuen ökonomischen Formen, zur Zurückgebliebenheit der ökonomischen und kulturellen Entwicklung war groß genug, um zu einer neuen Differenzierung der Sowjetgesellschaft und zum Zerbrechen der Sowjetdemokratie zu führen. Das weiterhin sichtbare Ergebnis ist die terroristische Herrschaft der privilegierten Bürokratie.

Das Schicksal der SU als Arbeiterstaat ist immer noch in Schweben. Ein neuer Vorstoß der internationalen Revolution kann den Anstoß zur politischen Regeneration des Sowjetstaates geben. Die Pflicht wirklicher Sozialisten ist, einer solchen Entwicklung den Weg zu bahnen.

Verteidigung der SU

Hat angesichts der Tatsache, daß in der SU die Bürokratie alle Funktionen einer herrschenden Klasse an sich gerissen hat (bis auf eine, Eigentumsformen zu entwickeln, durch die sie sich vom Proletariat unterscheidet), während das Proletariat rechtlos, unterdrückt und atomisiert ist, die Charakterisierung der SU als Arbeiterstaat nicht rein akademischen Charakter? Ist es für die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse nicht gleichgültig, ob sich die Früchte ihrer Arbeit die Gesamtheit der Kapitalisten oder die Gesamtheit der Bürokraten aneignet? Bedeutet das Etikett "Arbeiterstaat" etwas für die praktische Politik jener, die in der stalinschen Herrschaft nicht die Verwirklichung des Sozialismus sehen? Wenn wir uns nicht von schönen Gefühlen leiten lassen, wenn wir nicht das Proletariat und die Ergebnisse seines Kampfes idealisieren, sondern in ihrer historischen Konkretheit erfassen, dann handelt es sich in der Tat um mehr als ein bloßes Etikett. Der Imperialismus geht auf die Niederwerfung der SU aus, was gleichbedeutend mit der Liquidierung der durch eine proletarische Revolution geschaffenen Eigentumsformen ist. Im Konflikt zwischen Imperialismus und SU ist es die Pflicht jedes Sozialisten, diese Eigentumsformen als das wichtigste trotz der stalinschen Entartung noch existierende Ergebnis der Oktoberrevolution zu verteidigen.

Verteidigung der SU und internationale Revolution

Aber ist die Verteidigung bloßer "Formen" so wichtig, um im Kriegsfall bedingungslos auf die Seite der SU zu treten? Sind wir nicht Gefangene logischer Schematas, die mit der sozialen Realität, vor allem mit der unwürdigen Lage der russischen Arbeiterklasse, nicht das geringste zu tun haben?

Das kapitalistische Privateigentum ist das wichtigste Hindernis, das der Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in den Sozialismus entgegensteht. Die gesamten politischen Anstrengungen der Bourgeoisie gelten der Behauptung des Privateigentums. Die Zerstörung des sowjetischen Staatseigentums wäre nicht nur für Rußland ein ungeheurer Rückschlag, sondern ein Rückschlag für den internationalen Sozialismus. Die Wiedereingliederung der Sowjetwirtschaft in das kapitalistische Weltsystem ist gleichbedeutend mit der Vernichtung

einer dem Einfluß des Imperialismus entzogenen Wirtschaft auf einem bedeutenden Teil der Welt. Sie würde dem Kapitalismus neue Märkte erschließen und so das Leben dieses Menschheitsfeindes um Jahrzehnte verlängern. Was dem Kapitalismus als Ergebnis des zweiten Weltkrieges nicht gelungen ist - die Wiederherstellung eines relativen Gleichgewichts, die Eroberung von Absatz- und Anlagemärkten solchen Ausmaßes, das die Konsolidierung des kapitalistischen Systems für einige Jahrzehnte gestattet - das würde dann der Fall sein, wenn der Kapitalismus in einem dritten Weltkrieg die SU liquidieren könnte.

Doch nicht nur ökonomisch, auch politisch wäre die Niederlegung der SU eine Katastrophe für das internationale Proletariat. Durch den Gegensatz zwischen einem System, das trotz des bürokratischen Regimes in seinen ökonomischen Grundlagen antikapitalistisch ist, wird die Kraft der Bourgeoisie in hohem Maß gebunden, nicht nur gegenüber der eigenen Arbeiterklasse, sondern auch gegenüber den kolonialen Massen.

Die koloniale Revolution ist in voller Entfaltung. Die sowjetische Bürokratie nützt die koloniale Revolution genau so parasitär aus, wie sie die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern ausnützt und gegebenenfalls verrät. Doch sogar in der Periode der stalinistischen Entartung ist die SU vermöge des Gegensatzes, in dem die Sowjetbürokratie zum Imperialismus steht, immer noch ein Stützpunkt der internationalen Revolution. Allerdings ein Stützpunkt, der sich selbst in der Hand von Feinden der internationalen Revolution befindet. Allein dieser Feind - unser Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse - steht im tödlichen Gegensatz zu den Kapitalisten, den historischen Feinden des Sozialismus überhaupt. Und die Bürokratie kann nicht umhin, da und dort die Arbeiterbewegung oder die koloniale Revolution zu begünstigen, zu unterstützen, mit Waffen zu versehen. Wir wissen, daß diese Unterstützung nur soweit geht, als es die Interessen der sowjetischen Bürokratie erlauben, daß sie insbesondere versucht wird, die Kontrolle über jede Bewegung der Massen an sich zu reißen, um die Bewegung heute auszunutzen und vielleicht morgen einer taktischen Notwendigkeit wegen an die Bourgeoisie zu verraten. Dennoch, dem Kapitalismus geht es nicht darum, die Herrschaft der Bürokratie zugunsten eines proletarisch-demokratischen Regimes zu liquidieren, sondern jene Basis zu zerstören, die die Bürokratie und das Proletariat gemeinsam haben - das nationalisierte Eigentum.

Revolutionäre Verteidigung der SU

Wenn wir im Konflikt zwischen Imperialismus und Sowjetbürokratie an der bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion gegenüber dem Imperialismus festhalten, so bedeutet das nicht, daß wir den Stalinismus, mit dem wir in einer wichtigen Frage gemeinsame Interessen haben, in seinen Handlungen, Methoden und Zielsetzungen akzeptieren.

Die Sowjetbürokratie identifiziert die Verteidigung ihres Regimes mit der Verteidigung der Sowjetunion; umgekehrt behaupten alle jene, die letzten Endes aus welchen Gründen immer im imperialistischen Lager stehen, daß ein konsequenter Kampf gegen den Stalinismus die Verteidigung der Sowjetunion ausschließe. Diesen Standpunkt vertritt auch die Titoclique, die deshalb die Trotzkiisten als "verkappte Stalinisten" bezeichnen. Die IV. Internationale hat mit keinem der beiden Standpunkte etwas gemeinsam. Sie verteidigt die Sowjetunion trotz des bürokratischen Regimes, sie bekämpft das bürokratische Regime, trotzdem sie auf dem Boden der Verteidigung der SU steht. Diese Position ist keineswegs widerspruchsvoll; im Gegenteil, sie entspringt der Erkenntnis über die Aufgaben des Proletariats in unserer Epoche und der Erkenntnis der Natur der Bürokratie und der Ursachen ihres zeitweiligen Sieges.

Diese Verteidigung ist für uns kein militärisches Problem allein. Wir verteidigen die SU mit den Mitteln und Methoden des Klassenkampfes, der Massenaktion. Das ist ein grundlegender Unterschied zwischen uns und dem Stalinismus. Der Stalinismus hat während des zweiten Weltkrieges in allen mit der SU verbündeten Ländern den Kampf eingestellt und ist auf die Position des bürgerlichen Patriotismus übergegangen; wir brauchen nur daran zu erinnern, welche Stellung der Stalinismus zu De Gaulle eingenommen, als was er diesen General den Massen vorgestellt hat. Wird dieser Unterschied im kommenden Krieg nicht ein rein akademischer, auf bloßen historischen Reminiszenzen beruhender sein, da die SU einer allimperialistischen Einheitsfront gegenüber steht und für den Stalinismus damit die Möglichkeit fortfallen wird, zwischen den einzelnen Ländern zu differenzieren? Keineswegs. Die Bürokratie wird auch im kommenden Krieg die Arbeiterbewegung parasitär ausnützen, die Politik der stalinistischen Parteien in jedem Lande ihren jeweiligen außenpolitischen und militärischen Bedürfnissen unterordnen. Für sie ist ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung nur eine zusätzliche Karte, die sie nicht dann ausspielen wird, wenn es die Entfaltung der Revolution verlangt, sondern die sie als ein ihren militärisch-strategischen Bedürfnissen untergeordnetes Schacherobjekt betrachtet. Der Koreakrieg hat das mit aller Deutlichkeit bewiesen. Es hat in dessen erster Phase Situationen gegeben, in der eine wirksame Unterstützung Nordkoreas mit Waffen, vor allem durch Flugzeuge, die militärische Entscheidung herbeigeführt hätte, ohne daß dies schon zum Weltkrieg geführt hätte, für den der amerikanische Imperialismus damals noch nicht genug gerüstet war. Die Kremlclique hat eine solche militärische Unterstützung damals unterlassen und unterläßt sie auch heute. Für sie ist Korea nur ein Mittel, um den amerikanischen Imperialismus vor der entscheidenden Auseinandersetzung so viel als möglich zu schwächen. Das Opfer dieser Politik sind die koreanischen und chinesischen Massen, denen jeder Tag Fortsetzung des Krieges neues Leiden und Entbehrungen auferlegt. Gerade Korea zeigt deutlich, daß die militärische Verteidigung der SU den Interessen der internationalen Revolution untergeordnet werden muß. Es ist durchaus möglich, daß der Imperialismus in Korea einen Rückzug antreten oder eine Niederlage einstecken muß, dann würde Korea, so wie es sich die Kremlclique von allem Anfang an vorgestellt hatte, wie ein reifer Apfel, sozusagen von selbst, in deren Hände fallen, ein Korea, dessen Massen ausgeblutet und ihrer aktivsten Elemente beraubt sind und das deshalb mit bürokratischen Methoden desto leichter beherrscht werden kann.

Was wir in Korea erleben, gilt für die stalinistische Strategie im allgemeinen. Wir dürfen niemals vergessen, daß diese immer ein Doppelziel im Auge hat: Verteidigung ihrer Positionen gegenüber dem Imperialismus, der die soziale Basis angreift, aus der sie emporwächst; Verteidigung ihrer bürokratischen Positionen aber auch vor der Revolution, Verhinderung der Revolution. Sogar in jenen Ländern, mit denen die Sowjetunion im tödlichen Kampf stehen wird, wird der Stalinismus von vornherein nicht nur die Abwehr des imperialistischen Angriffes, sondern auch die Ermattung der Massen des gegnerischen Landes im Auge haben, um diese Massen zu einer Revolution unfähig zu machen, die diese unfehlbar der stalinistischen Kontrolle entziehen müßte. Die stalinistische Taktik wird deshalb in diesen Ländern nicht in einer realistischen Ausnützung der durch den Krieg entstehenden revolutionären Möglichkeiten bestehen, sondern in der Taktik, die ein Gemisch aus ultralinken Aufopferung von Massenteilen und anarchistischen Sabotageakten sein wird. Die Umriss dieser Taktik zeichnen sich heute bereits deutlich ab. Soweit die vom Kreml dirigierte "Friedenskampagne" nicht hohle Schaumschlägerei einiger vom Kreml gekauften Intellektueller und als solche ein Nebengeleise der offiziellen Kremldiplomatie ist, soweit sie sich, wie in Frank-

reich und Italien, wirklich auf Massen stützen kann, opfert sie in diesen Ländern ganz nutzlos die Kampfkraft der Massen. Die wichtigste Bedingung einer revolutionären Verteidigung der SU, die nicht dem Stalinismus zugute kommt, ist deshalb die vollständige Unabhängigkeit der revolutionären Politik von der Diplomatie des Kremls.

Der Internationalismus darf nicht einseitig sein

In diesem Zusammenhang müssen zwei Probleme gestreift werden, die doch mit den "militärischen" Fragen zusammenhängen. Das erste Problem - das von der Stalinbürokratie selbst immer wieder aufgeworfen wird, um die "subversive" Tätigkeit des Trotzismus zu beweisen - besteht im folgenden: Im Krieg werden die entscheidenden Fragen doch in erster Linie mit Hilfe der Waffen gelöst. Muß also nicht den militärisch-strategischen Erwägungen das Primat über die Politik zugesprochen werden? Gilt das nicht insbesondere für den kommenden dritten Weltkrieg, der "totalitärer" und umfassender sein wird als alle Kriege zuvor? Wird durch eine Politik, die von den Interessen einer Revolution ausgeht, die noch nicht vollzogen ist und die die militärischen Interessen der SU denen dieser Revolution unterzuordnen erklärt, nicht der militärische Kampf der SU so geschwächt, daß zwar die revolutionären Prinzipien gewahrt werden, die letzten realen Errungenschaften einer bereits vollzogenen Revolution aber infolge der militärischen Niederlage der SU vollends verloren gehen? Diese Frage ist in Wirklichkeit eine Scheinfrage, doch wir haben am Vorabend des zweiten Weltkrieges erlebt, daß ernste Revolutionäre in unserem eigenen Lager ihr erlegen sind.

Den noch erhaltenen Errungenschaften der Oktoberrevolution drohen nicht nur äußere, sondern auch innere Gefahren. Ein militärischer Sieg der SU, der nicht auf dem Hintergrund einer sich entfaltenden Revolution vor sich geht, muß unvermeidlich die Stellung der Sowjetbürokratie gegenüber den Massen stärken und von dieser Seite aus den Bestand der SU als Arbeiterstaat in Frage stellen. Vergessen wir nicht, daß die Bürokratie zwar noch keine neue herrschende Klasse ist, aber zumindest in Teilen von ihr der Wunsch immer mächtiger wird, ihren Privilegien eine solidere Grundlage zu geben, als es die Sprossen der hierarchischen Leiter sind. Die Tendenz der Bürokratie, sich gegenüber den Massen zu verselbständigen und in eine Klasse zu verwandeln, wird durch einen militärischen Sieg ohne proletarische Revolution nur verstärkt werden.

Selbstverständlich ist durchaus die Möglichkeit gegeben, daß eine von den militärisch-strategischen Augenblicksbedürfnissen der SU unabhängige revolutionäre Politik die SU, rein "militärisch" betrachtet, unter gewissen Umständen "schwächen" kann. Dieses Risiko müssen wir in Kauf nehmen. Der proletarische Internationalismus ist keine einseitige Versicherung zugunsten der SU, sondern schließt deren Pflicht, im Interesse der Entfaltung der proletarischen Revolution militärische Opfer auf sich zu nehmen, in sich ein.

Wenn Stalin in Europa siegt.....

Das zweite Problem, das im engen Zusammenhang mit dem eben Gesagten steht, besteht im folgenden: Was ist, wenn die Sowjetarmee Europa überrennt? Dann werden in ganz Europa totalitäre stalinistische Regimes aufgerichtet, dann wird die Bürokratie die Arbeiterbewegung vollständig unter ihre Kontrolle bringen, die Massen atomisieren und jede Möglichkeit eines wirklich revolutionären Kampfes ersticken? Diese Befürchtung hat Czernetz in seiner Broschüre,

Die Perspektive eines militärischen Sieges der SU in Europa hat viel für sich; sie ist reale Möglichkeit. Ihre Verwirklichung wird den Gipfel der Machtentfaltung der stalinistischen Diktatur bedeuten, zugleich aber - was Czernetz und auch unsere ultralinken ehemaligen Freunde (Shachtman usw.) nicht bemerken - der wirkliche Anfang vom Ende des Stalinismus sein. Je größer das Territorium wird, das die Bürokratie militärisch-administrativ zu verwalten hat, desto schwieriger wird diese Aufgabe, desto schwächer ist der Apparat den Massen gegenüber, desto weniger kann die Bürokratie in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus der Mithilfe der Massen entraten. Je weiter sie nach dem Westen vordringt, desto mehr stößt sie auf Massen, deren kulturelles Niveau, deren politische Erfahrung und deren Selbstbewußtsein immer größer wird. Vergessen wir nicht, daß die wahrscheinlichste Variante die einer kombinierten militärischen Aktion der Sowjettruppen mit dem Bürgerkrieg in den westlichen Ländern sein wird. Die aus dem Bürgerkrieg hervorgehende Massenbewegung wird sich nicht sofort und ohne Widerstand dem bürokratischen Kommando unterwerfen. Welche Formen das annehmen kann, zeigt die jugoslawische Erfahrung. Dazu wird die Massenbewegung, selbst wenn es der Bürokratie gelingt, sie da und dort unter ihre Kontrolle zu bringen, immer wieder durch den Ausbruch neuer revolutionärer Herde neue Anstöße erhalten. Dazu kommen die Wechselwirkungen zwischen der kolonialen Revolution und den Massenbewegungen in den imperialistischen Mutterländern.

Zu der Unmöglichkeit, Europa und halb Asien von der Moskauer GPU-Zentrale aus restlos zu kontrollieren, kommt noch etwas hinzu, was Czernetz (und unsere ehemaligen ultralinken Freunde à la Shachtman) sowohl übersehen als auch nicht begreifen. Ein militärischer Sieg der SU in Europa wird tatsächlich - das zeigen die im Glacis der SU gemachten Erfahrungen - die Einbeziehung der Wirtschaft fortgeschrittener Länder in die sowjetische Planwirtschaft mit sich bringen. Damit ist die wichtigste Ursache, nämlich die Isolierung der proletarischen Revolution auf das Territorium eines zurückgebliebenen Landes, beseitigt, die seinerzeit zum Sieg der Bürokratie und zur Konsolidierung ihrer Herrschaft in der SU geführt hat.

Sowjetexpansion und demokratisches Selbstbestimmungsrecht

Spielt in einem solchen Falle der Stalinismus nicht doch eine fortschrittliche Rolle? Müssen wir dann nicht für die Sowjetexpansion sein, auch wenn sie mit den Mitteln und Methoden des Stalinismus durchgeführt wird? Verwandeln wir uns, wie Kritiker à la Djilas behaupten, mit einer solchen möglichen Perspektive nicht in eine tatsächliche "linke" Rückendeckung des Stalinismus? Diese Kritiker übersehen die Doppelrolle, welche die Bürokratie auch in Zukunft spielen wird. Wo die Bürokratie, gezwungen durch die Logik ihrer auf dem nationalisierten Eigentum und der Planwirtschaft beruhenden Existenz gezwungen ist, Verstaatlichungen durchzuführen, werden wir diese Maßnahmen unterstützen und jeden Versuch der Bourgeoisie, solche Maßnahmen rückgängig zu machen, erbarmungslos bekämpfen. Aber wir akzeptieren damit keineswegs die politischen Methoden der Bürokratie. Wir wollen das in einem Beispiel kurz zeigen: Wenn in einem sowjetisch besetzten Deutschland oder Frankreich an Stelle der kapitalistischen Anarchie ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird, so wird dieser Plan selbstverständlich deutlich den Einfluß der Bürokratie zeigen. Der Plan wird so beschaffen sein, daß er die Wirtschaft dieser Länder zu einer Melkkuh der russischen Wirtschaft zu machen bestrebt sein wird. Im allgemeinen werden alle von der Bürokratie bestimmten Pläne so sein, daß dabei die Bedürfnisse der Bürokratie sehr gut, und die der Massen sehr schlecht befriedigt werden. Sollen wir aus diesem Grunde für die Beibehaltung der kapitalistischen Anarchie und gegen die

Einführung eines Wirtschaftsplanes sein? Nein! Wir werden den schlechtesten Plan gegen die kapitalistische Planlosigkeit verteidigen. Wir werden uns aber damit nicht begnügen, sondern den Kampf für einen solchen Plan aufnehmen, der den Massen nur soweit Opfer auferlegt, als dies zum Aufbau einer sozialistischen Grundwirtschaft unbedingt notwendig ist und der selbstverständlich keinerlei Privilegien und Sinekuren für die Bürokratie enthält. Noch ein Beispiel: Sind wir für den Sowjetexpansionismus? Wir sind gegen Annexionen, weil solche mit dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht unvereinbar sind. Wir lehnen deshalb den gegen den Willen der betreffenden Völker mit Waffengewalt erzwungenen Sowjetexpansionismus ab und bekämpfen ihn, aber wir bekämpfen ihn vom Standpunkt und mit den Methoden der proletarischen Revolution, nicht Arm in Arm mit den imperialistischen Schlächtern.

Proletarische Demokratie

Unsere Widersacher werden entgegnen: "Das ist alles recht schön, aber wie wollt ihr diese Methoden anwenden, wie könnt ihr für euer Programm eintreten, wenn die totalitäre stalinistische Diktatur das von vornherein unmöglich macht, weil die Demokratie fehlt?" Wir könnten der Antwort ausweichen, indem wir unsererseits fragen, wie sich die Kritiker die Demokratie unter dem militärischen Kommando von Eisenhower und MacArthur vorstellen. Sie übersehen den unvermeidlichen Doppelcharakter des nächsten Krieges, der zugleich imperialistischer Krieg und Bürgerkrieg sein wird. Wenn wir angesichts eines solchen Krieges vom Kampf für die Demokratie reden, so kann dies selbstverständlich nur eine Demokratie sein, die kein Parlament und keine Glacehandschuhe kennt, sondern die reduziert ist auf die Grundform einer jeden Demokratie: auf die bewaffneten, der Kontrolle ihrer bisherigen Unterdrückten entzogenen Massen. Der Prozeß der Geburt einer neuen, der proletarischen Demokratie wird kompliziert sein und wenig ästhetische Formen zeigen. Die bewaffneten Massen werden sich von allem Anfang an vor die Versuche der Bürokratie gestellt sehen, von ihr unterworfen zu werden. Diese Versuche mögen da und dort vorübergehend gelingen. Wo aber die Massen Bekanntschaft mit den stalinistischen Methoden machen, werden sie rasch und gründlich zu ihrer Desillusionierung über den Stalinismus führen und ihre Bereitschaft für die Aufnahme der revolutionären Kritik am Stalinismus und der Ziehung revolutionärer, proletarisch-demokratischer Schlussfolgerungen erleichtern.

12.II.1952